

### Bewerber:innenmangel verschärft sich weiter

Die Zahl der Bewerbungen ist weiter rückläufig. Mittlerweile gelten auch allgemeinbildende Fächer wie Deutsch als Mangelfach



(©AdobeStock)

An den Beruflichen Schulen (BS) werden insgesamt 1.047 Deputate frei – davon 878 Wissenschaftliche Lehrkräfte (WL) und 169 Technische Lehrkräfte (TL). Darunter sind 299 Deputate mit auslaufenden befristeten Verträgen. Hinzu kommen 14 Neustellen für die Erzieher:innenausbildung, 8 Stellen werden abgebaut, so dass insgesamt 1.053 Stellen besetzt werden können.

Bei den TL konnten bislang 88 Personen gewonnen werden, davon 55 im Gewerbe. Damit können aufgrund des Teilzeitfaktors 85 Deputate besetzt werden. Die Zahlen bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei den WL wurden in den vorgezogenen Verfahren 523 Personen (2023: 582) und 234 Laufbahnbewerber:innen (Vorbereitungsdienst BS) eingestellt, 23 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die Dramatik der Situation wird erst bei einem genaueren Blick auf die Zahlen deutlich. Die Zahl der Laufbahnbewerber:innen in den berufsbezogenen Fächern Gewerbe und Kaufmann ist stabil geblieben – im Gewerbe allerdings auf einem seit Jahren viel zu niedrigen Niveau. Einen massiven Rückgang mit minus 60 Prozent gibt es allerdings bei den Bewerber:innen mit zwei allgemeinbildenden Fächern. Auch in Hauswirtschaft/Sozialpädagogik gab es einen Rückgang um 23 Prozent, vor allem im Fach Sozialpädagogik/Pädagogik.

Traditionell werden an den Beruflichen Schulen Bewerber:innen aus dem allgemeinbildenden Bereich eingestellt. Gewonnen werden konnten 132 Gymnasialbewerber:innen, 5 Sekundarstufe I-Lehrkräfte und 3 Sonderpädagog:innen. Die Zahl der

gewonnenen Lehrkräfte mit Gymnasialausbildung ist damit innerhalb von zwei Jahren um ein Drittel zurückgegangen.

Positiv hat sich lediglich der DirektEinstieg entwickelt. Hier gab es einen Zuwachs von 39 Prozent: 146 Personen gegenüber 105 im Vorjahr. Insbesondere im Gewerbe konnten mehr Lehrkräfte gewonnen werden (2024: 71; 2023: 46).

Für das Listenverfahren standen noch 84 Bewerber:innen zur Verfügung – davon haben 25 Lehrkräfte ein Einstellungsangebot erhalten. Den anderen Lehrkräften konnte meist mangels regionaler Flexibilität kein Einstellungsangebot gemacht werden. 42 Personen erhielten einen Zwischenbescheid, die verbliebenen Bewerber:innen können sich im Nachrückverfahren bewerben – hier werden die Stellen schulscharf ausgeschrieben.

Tendenziell verschärft und verallgemeinert sich der Bewerber:innenmangel. Problematisch sind nicht mehr nur die klassischen Mangelfächer im berufsbezogenen Bereich, in Mathematik und Naturwissenschaften – einen Mangel gibt es zunehmend auch in allgemeinbildenden Fächern.

Die Einstellungszahlen spiegeln den demografischen Wandel wider. Derzeit verlassen die geburtenschwachen Jahrgänge das Schulsystem, die Zahl der Abiturient:innen ist um ca. 20 Prozent zurückgegangen, folglich auch die Zahl der Studierenden. Seit 2017 beginnen immer weniger Personen mit dem Vorbereitungsdienst an Beruflichen Schulen, ein Rückgang von 491 auf 302 (2023) ist hier zu verzeichnen, im gymnasialen Lehramt hat sich die Zahl fast halbiert (2017: 2.059; 2023: 1.075). Damit wird es für die Be-

ruflichen Schulen immer schwieriger, Bewerber:innen zu finden. Der Mangel wird wohl mindestens bis Ende des Jahrzehnts anhalten.

Die Einführung von G9 wird die Bewerbungssituation vermutlich noch weiter verschärfen. Noch ist unklar, wie viele zusätzliche Stellen mit welchen Fachrichtungen das KM in G9 stecken will. Die GEW vertritt die Position, dass die Einführung von G9 nicht zulasten anderer Schularten gehen darf. Die rechnerische Unterrichtsversorgung am allgemeinbildenden Gymnasium beträgt bereits heute 105 Prozent, zusätzliche Bedarfe können somit auch aus dem Bestand gedeckt werden.

Insgesamt konnten bis - Stand 3. Juli - rund 475 Deputate mit Wissenschaftlichen Lehrkräften (WL) besetzt werden (Vorjahr ca. 580). Damit stehen noch ca. 400 Deputate für WL und ca. 80 Deputate für Technische Lehrkräfte zur Verfügung. Die restlichen Stellen wurden bis September ausgeschrieben. Es gibt also nach wie vor gute Einstellungschancen an den Beruflichen Schulen – eine regionale Flexibilität vorausgesetzt. Das KM geht außerdem davon aus, dass wieder eine vergleichbare Zahl an Deputaten in befristete Verträge umgewandelt wird. Damit können dann „Personen ohne Lehramtsausbildung“, Pensionäre etc. eingestellt werden. Auf diesem Wege werden Stellen, die in Mangelfächern gebraucht werden, für ein Schuljahr besetzt, ohne sie dauerhaft zu blockieren. Allerdings wird es auch hier immer schwieriger, dafür geeignete Bewerber:innen zu finden.



Michael Futterer  
Landesfachgruppen  
Berufliche Schulen

### Fortbildungen am Abend und in den Ferien...

... würden laut ZSL der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen. So die Begründung für die Abweichung von den in der Rahmendienstvereinbarung Lehrerfortbildung festgelegten Fortbildungszeiten montags bis freitags von 9-17 Uhr (online ab 8 Uhr). Natürlich kann jede Lehrkraft ihre Arbeitszeiten selbst einteilen und abends arbeiten, wenn die Kinder im Bett sind.

Die GEW-Fraktion im HPR sieht jedoch bei amtlichen Lehrkräftefortbildungen keine Notwendigkeit für eine weitere Entgrenzung der Arbeitszeit. Dazu kommt, dass bei Veranstaltungen bis 21 oder 22 Uhr die Ruhezeiten nach Arbeitszeitgesetz bis zur 1. Unterrichtsstunde gar nicht eingehalten werden könnten. Bis zu 30% der Fortbildungen dürfen nach der Rahmendienstvereinbarung in den Ferien stattfinden, aber bisher überwiegend zur Qualifizierung von Führungskräften genutzt.

Das ZSL verweist immer wieder auf Studien, die zeigen sollen, dass Lehrkräfte sich Fortbildungszeiten am Abend und in den Ferien wünschen. Wie ist Deine Meinung dazu? Wir freuen uns auf Deine Zuschriften.



Axel Schön  
Berufliches  
Schulzentrum Kehl

ZUSCHRIFTEN UNTER:  
Berufliche.Bildung@gew-bw.de



## Farewell für die „Granden der GEW“

Jetzt ist es soweit, der Abschied unserer geschätzten „Granden der GEW“ steht an. Diese inspirierenden Persönlichkeiten – die Legionäre des LPVG – haben unermüdlich für Rechte und Reformen im Beruflichen Schulwesen gekämpft und unter dem Motto „Wir fordern mehr für die Kolleg:innen in den Beruflichen Schulen und endlich ein E-Facility-Management!“ gewirkt.

**Danke an Birgitt, Petra, Bernhard, Ulf, Wolfram und Michael**

Ihr habt

- uns in der Landesfachgruppe der Beruflichen Schulen, immer die wahre Bedeutung von kollektiver Stärke vorgelebt.
- zusammen auch ungemütliche Samstage in Stuttgart oder Karlsruhe gemeistert, wo ihr euch für gemeinsame Belange eingesetzt habt.
- dabei nicht nur tiefgehende Diskussionen über Inklusion, Bildungspolitik und Schulrechtsreformen geführt, sondern auch gleichzeitig gemütlich an einer Brezel geknabbert.
- mit euren Reisen für die Bundesfachgruppe und eurem Engagement bei Bildungsgipfeln in Berlin, Bonn oder Bad Herrenalb für unvergessliche Einsichten gesorgt.
- stets Antworten gefunden als Ansprechpartner:innen für die Ausbildung im Pflege- und Erziehungsbereich.
- das Scheitern der geplanten Bildungspattform ELLA vorausgeahnt
- die mangelhaften Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte bei allen zuständigen Stellen kritisiert.
- die vielen Herausforderungen und Mängel in unserem Bildungssystem erkannt und angesprochen.
- uns motiviert, aktiv zu werden und nicht nur als Zuschauende in der Bildungspolitik zu verweilen.

Wir alle wissen, dass ihr der GEW schon fast solange die Treue haltet,

wie der Kaffeeautomat im Großen Sitzungszimmer der Geschäftsstelle, ihr habt stets dafür gesorgt, dass es uns an Energie nie gefehlt hat. Manchmal kam dies auch in Form des kreativen Konsens, dass es in Ordnung ist, uneinig zu sein – jedoch immer mit dem Ziel, die GEW stärker zu machen. Eure Fähigkeit, bei jeder Verhandlung das Argument für die Beruflichen Schulen vorzubringen, gilt als legendär.

Euer Engagement hat unsere Personalratswahlen lebendig gemacht, indem ihr Themen wie Lehrkräftegesundheit, Digitalisierung und Beratung zu Ruhestand und Elternzeit mit einem Hauch Humor angegangen seid.

### Ein Vermächtnis des Engagements und der Kollegialität

Nun, wo ihr in den wohlverdienten Ruhestand geht, möchten wir euch nicht nur für euren unermüdlichen Einsatz danken, sondern auch für eure Art, die GEW zu denken und zu bereichern. Eure kleinen und großen Beiträge, sowohl öffentlich als auch im Stillen, werden uns stets ein Vorbild und eine Inspiration sein. Euer Erbe ist nicht in Lehrbüchern verzeichnet, aber es lehrt uns, dass Kollegialität und ein Stück vom guten Hefezopf der Schlüssel zu jeder erfolgreichen Strategie sind.

Möge euer neuer Alltag so bereichernd sein wie das Gefühl, den ersten Tag in den Sommerferien zu erleben! Wir danken euch von Herzen und wünschen euch alles Gute für einen entspannten Unruhestand.



Kai Otulak  
BS Rottenburg

## NACHGERECHNET

*Höhergruppierung bei Tarifbeschäftigten - lohnt sich das?*

An unserer Schule wurde eine A 14/E 14 Stelle ausgeschrieben, auf die sich Kollegin Sabine K. (Tarifbeschäftigte) bewerben will, sie hat bereits viele Ideen. Im Gespräch kommen wir auf die finanzielle Veränderung, die sich durch diese Stelle für die Kollegin ergeben könnte.

### Rechtliche Regelungen der Höhergruppierung bei tarifbeschäftigten Lehrkräften

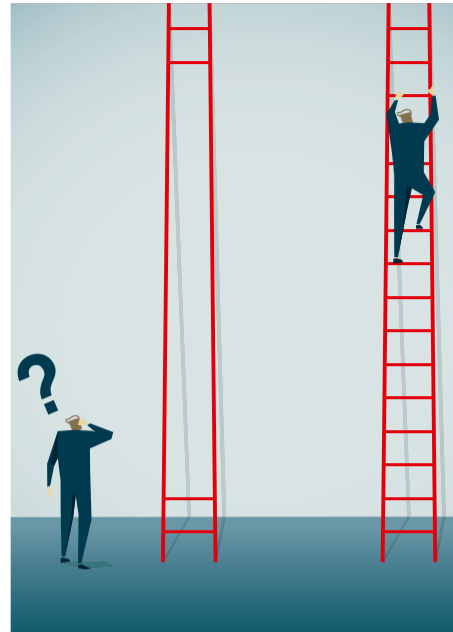
Die Regelungen im § 17 Abs. 4 TV-L legen fest, dass Beschäftigte in einer höheren Entgeltgruppe derjenigen Stufe zugeordnet sind, deren Betrag mindestens dem in der bisherigen Stufe entspricht. Das heißt, es kann

sein, dass die Höhergruppierung nicht stufengleich erfolgt. Außerdem startet die Laufzeit einer Stufe wieder neu und bereits erworbene Zeiten in einer Stufe verfallen.

Es werden bis zu 180 Euro bezahlt, wenn der Unterschiedsbetrag zwischen der bisherigen Entgeltgruppe und Stufe und derjenigen der Höhergruppierung einen Garantiebtrag unterschreitet. Die 180 Euro entfallen aber bei einem erneuten Stufenaufstieg.

### Finanzielle Veränderung durch Höhergruppierung

Sabine K., ist derzeit in E 13, seit drei Jahren in Stufe 6 eingruppiert.



(©www.istockphoto.com/de)

Das Grundgehalt laut TV-L Tabelle Nov. 2024 beträgt 6.237,38 Euro pro Monat. Sie ist unverheiratet, ohne Kinder, kein Kirchenmitglied und in der Lohnsteuerklasse 1. Ihre jährliche Sonderzahlung beläuft sich nach § 20 TV-L auf 46,47 % ihres Bruttogehaltes. Somit ergibt sich für Sabine K. ein Jahresbruttogehalt inkl. Jahressonderzahlung von 77.747,07 Euro<sup>1</sup>. Abzüglich Steuern und Sozialabgaben erhält sie ein Jahresnettogehalt von 45.363,36 Euro bzw. ein monatliches Nettogehalt von 3.780,28 Euro<sup>2</sup>, mit dem Sabine K. zufrieden ist.

Mit der neuen Stelle und der damit verbundenen Höhergruppierung würde Sabine in E 14, Stufe 5 eingruppiert werden. Der Aufstieg erfolgt hier nicht stufengleich, da der in E 13, Stufe 6 enthaltene Betrag sich in E 14, Stufe 5 wiederfindet. Die Laufzeit der Stufe 5 beginnt in diesem Fall von Neuem, außerdem würde sich die jährliche Jahressonderzahlung von 46,67 % auf 32,53 % ihres Bruttogehaltes reduzieren. Mit der E 14 Stelle hätte Sabine K. ein Jahresbruttogehalt von 79.452,21 Euro<sup>3</sup>, abzüglich Steuern und Sozialabgaben ein Jahresnettogehalt von 48.193,22 Euro bzw. ein monatliches Nettogehalt von 3.924,72 Euro<sup>4</sup> zur Verfügung. Die Jahressonderzahlungen würden sich in der Novemberabrechnung von 2.898,51 Euro brutto auf 2.096,97 Euro brutto reduzieren. Die Höhergruppierung nach E 14 würde für Sabine eine monatliche Gehaltssteigerung von netto 110,67 Euro bedeuten.

Der Garantiebtrag von 180 Euro (s.o.) greift in Sabines Fall nicht, denn die Differenz zwischen E 13, Stufe 6 (Grundgehalt 6.237,38 Euro brutto) und E 14, Stufe 5 (6.452,92 Euro) beträgt mehr als 180 Euro.

### Macht Karriere für Tarifbeschäftigte im Schuldienst überhaupt Sinn?

Ob Sabine K. sich auf die höherwertige Stelle mit mehr Verantwortung bewerben wird, nachdem sie von der GEW beraten wurde? Jede Beförderung ist neben einer beruflichen Herausforderung auch mit finanziellen Erwartungen an die Stelle verbunden. Tarifbeschäftigte, egal ob sie wissenschaftliche, technische

oder Fachlehrkräfte sind, erfüllen die gleichen fachlichen und pädagogischen Laufbahnvoraussetzungen wie Beamt:innen und gehen tagtäglich pflichtbewusst über viele Jahre hinweg ihrer Arbeit nach. Auch sie sehen sich konfrontiert mit einer zunehmend heterogenen Schülerschaft, den Herausforderungen der Digitalisierung und zahlreichen Verwaltungsaufgaben. Es wird deshalb endlich Zeit, dass die bestehenden Regelungen der Höhergruppierung für diese Gruppe verbessert und Verschlechterungen beseitigt werden, die für „zwangshöhergruppierte“ Tarifbeschäftigte im Zusammenhang mit der Beamtenbesoldungsreform entstanden.

### Wie könnte eine Verbesserung aussehen?

Eine stufengleiche Höhergruppierung und verbesserte Bedingungen für die Tarifbeschäftigten sind Forderungen der GEW und sie wird bis zu ihrer Umsetzung auch weiter dafür kämpfen. Im TVÖD (für die Bediensteten bei Bund und Kommunen) ist es bereits gelungen. Gerade in Zeiten des Lehrkräftemangels wäre es ein Zeichen in Richtung Tarifbeschäftigte, deren Arbeit gebührend zu würdigen. Das steht in der Macht der Landesregierung und sie sollte dringend handeln, anstatt sich hinter den Tarifvertragsparteien zu verstecken!

### Lasst Euch vor einer Bewerbung auf eine höherwertige Stelle oder vor einer anstehenden Höhergruppierung unbedingt von der GEW beraten!

<sup>1</sup>Monatsgehalt der TV-L Tabelle Nov. 2024 bis Jan. 2025 auf ein Jahr hochgerechnet.

<sup>2</sup>Nettojahresgehalt ohne Jahressonderzahlung auf einen Monat heruntergerechnet

<sup>3</sup>Monatsgehalt der TV-L Tabelle Nov. 2024 bis Jan. 2025 auf ein Jahr hochgerechnet

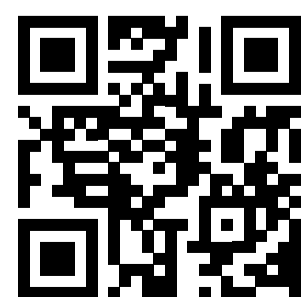
<sup>4</sup>Nettojahresgehalt ohne Jahressonderzahlung auf einen Monat heruntergerechnet

Quelle Berechnungen:  
<https://oeffentlicher-dienst.info>



Gabriele Stork  
L.i.A. Stellvertr.  
Vorsitzende BPR BS  
am RP Stuttgart

## Demokratie stärken!





## Eine Klassenlehrkräftestunde für Jugendliche in der Krise

*Die Zeitungen sind voll davon, wir wissen es aus unserem Schulalltag: Den Kindern und Jugendlichen geht es schlecht. Die Corona-Zeit, die geschlossenen Schulen und Kindertagesstätten, Vereine – keine Begegnungsmöglichkeiten für Kinder und junge Leute haben Spuren hinterlassen. Nicht nur für die Aneignung von Lernstoff, Miteinander-Lernen, Diskussionen, Reflektieren, auch für das soziale Lernen, das sich-aneinander-Reiben, Blödeln, Streiten. Die Krisen der Welt tun ihr Übriges, Krieg in der Ukraine und im Gazastreifen, die Klimakatastrophe.*

Auch wenn wir als Lehrkräfte schon vor 2019 zunehmend Fälle von depressiven Kindern und Jugendlichen hatten, die sich selbst verletzen, aggressiv auftreten, so sind es doch auffallend mehr geworden. In so gut wie jeder Klasse gibt es „Problemfälle“. Manches hat mit der Ich-Findung zu tun - wer bin ich, wo ist mein Platz in der Welt - aber auch mit Krisen in der Familie, sei es Trennung der Eltern, schwere Krankheiten, Streitigkeiten, zu kleine Wohnungen, finanzielle Probleme. Und ganz schnell sind wir Lehrer:innen am Ende unseres Lateins und merken, wir bräuchten viel mehr Zeit für Gespräche mit den Schüler:innen.

Das erste vertrauliche Gespräch mit einem Jugendlichen führt die Klassenlehrkraft oder die Fachlehrkraft, zu der Vertrauen besteht oder aufgebaut werden kann. Immer dann, wenn kein erstes Gespräch ausreicht, um Probleme anzugehen, wird die Schulsozialarbeit ein wichtiger Ansprechpartner sein. Oft müssen die Jugendlichen an die Hand genommen und zur Schulsozialarbeit begleitet werden, weil sie nicht selbstständig den Weg dahin finden. Schulsozialarbeiter:innen sind gut ausgelastet, manchmal wahrscheinlich auch überlastet, aber können Hilfen auf den Weg bringen. Alle weiteren Institutionen, wie die Psychologische Beratungsstelle, Therapeut:innen, Kliniken sind oft so beansprucht und überrannt, dass die Jugendlichen wochenlang, wenn nicht monatelang auf einen ersten Termin warten müssen.

Diese Situation ist ein Armutszeugnis für Baden-Württemberg und ganz Deutschland, es wurden nicht nur

keine Lehrkräfte eingestellt, als es sie noch gab. Auch der ganze medizinische und psychologische Bereich wurde nie so ausgebaut, wie es etwa die GEW immer gefordert hat und notwendig gewesen wäre. Für eines der reichsten Länder dieser Welt ist das eine Schande. Und inzwischen brennt es ja überall.

Was wir brauchen, ist eine **Klassenlehrerstunde**, eine Reduzierung des Deputats für alle Lehrkräfte, was wirklich schon lange überfällig ist, da die anhaltende Überdehnung zu weiteren Krankheits- und Burn Out-Fällen bei den Lehrkräften führt. So wird unser Beruf wieder attraktiver für neue, junge Kolleg:innen. Und dann können wir auch den Kindern und Jugendlichen besser helfen, für sie da sein. Die Regierungen müssen mutig und massiv Geld in die Hand nehmen, für Stellen, für eine Arbeitszeitverkürzung, für die Schulsozialarbeit, Schulpsycholog:innen, für Schulhausrenovierungen – damit wir nicht allein vor den katastrophalen Raumzuständen in den Beruflichen Schulen schon verzweifeln.

Es führt kein Weg daran vorbei, Lehrkräfte gemeinsam mit der GEW müssen offensiv dafür kämpfen, damit es besser wird, für die Kinder und Jugendlichen und für uns alle, eines geht nicht ohne das andere.

Brigitte Klein  
Christiane-Herzog-Schule  
Heilbronn



## Entlastung für Prüfungen in der Berufsschule ist überfällig

*Die Berufsabschlussprüfung – Kammerprüfung - vieler Ausbildungsberufe wird umgestellt. Statt der bisherigen Zwischenprüfung soll nun bereits im zweiten Ausbildungsjahr ein Teil der Abschlussprüfung abgelegt werden.*

Die Umstellung zur „gestreckten Abschlussprüfung“ betrifft rechtlich nur die Kammerprüfung. Sobald aber der erste Teil der Prüfung auch schriftliche Bestandteile enthält, wird die gestreckte Abschlussprüfung eine Pflichtaufgabe der Berufsschule, denn sie führt gemeinsam mit der Kammer die Prüfung durch. Dies betrifft insbesondere die kaufmännischen Ausbildungsberufe z.B. Büromanagement, Groß-/Außenhandelsmanagement, Systeminformatiker:innen. Diese Neuerung bedeutet eine weitere Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, die freiwillig in Prüfungsausschüssen der Kammern mitarbeiten. Auch Lehrkräfte, die an den Schulen im Bereich der beruflichen Fächer, v.a. Berufsfachliche Kompetenz, unterrichten, müssen eine zusätzliche Prüfung stemmen. Schulen und Kollegien müssen zusätzliche Prüfungen erstellen, an den Schulen durchführen, beaufsichtigen und korrigieren. Bei dreijährigen Ausbildungsberufen findet der erste Teil zeitgleich mit dem zweiten Teil der Abschlussprüfung statt, ein zusätzlicher Arbeitsaufwand durch Prüfungen in einer ohnehin sehr arbeitsintensiven Zeit.

Wie auch der DGB begrüßt die GEW die Einführung der gestreckten Abschlussprüfung anstelle der Zwischenprüfung. Auch wenn noch einige offene Fragen zu klären sind, z.B. die Wiederholung des ersten Teils,

überwiegen für Auszubildende und Betriebe die Vorteile: Die gemeinsame Abschlussprüfung ist ein wichtiges Bindeglied zwischen betrieblicher Ausbildung und schulischer Bildung, daher unterstützt die GEW die Anpassung der Berufsschule an die geänderte Kammerprüfung, sie ist sinnvoll.

Doch sie darf die Lehrkräfte nicht zusätzlich belasten. Dies gilt für die freiwillige Mitarbeit von Lehrkräften in den Prüfungsausschüssen der Kammern genauso wie für die zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Berufsschulprüfung an den Schulen. Die GEW will nicht mehr hinnehmen, dass vom Land zusätzliche Aufgaben der Lehrkräfte ohne jegliche Entlastung eingefordert werden. Als erster Schritt muss sowohl die Arbeit in den Prüfungsausschüssen wie auch die vielfältigen Aufgaben für die Berufsschulprüfung auf das Deputat angerechnet werden. Gleichzeitig müssen die Lehrkräfte - auch in der Berufsschule! - Anspruch auf Korrekturtag haben.

Bernhard Schönauer,  
Berufliche Schule  
Mühlacker



GEMEINSAM  
MEHR  
ERREICHEN. GEW.



## GLOSSE

### Gymnasium für alle!

Eine Elterninitiative wollte zurück zu G9, weil auch am Gymi die Schülerschaft nicht mehr nur aus Hochbegabten besteht und das G8 viele Schüler:innen überfordert. Jetzt wird in einer großen Schulreform das G9 wieder eingeführt und die Schulen des Sekundarbereichs neu sortiert. Doch egal, wie es umgesetzt wird, es bleiben doch nur Schulen, zu denen viele ihre Kinder nicht schicken wollen. Dabei gäbe es eine einfache Lösung: Nennt alle Schulen Gymnasium! So könnten alle Schüler in 9 Jahren Abitur machen, die ganz fleißigen auch noch einen Berufsabschluss in Verbindung mit einer

dualen Ausbildung. Wer keinen Gesellenbrief schafft, müsste halt nach dem Abi noch studieren. Das Gymnasium wäre dann die eine Schule für alle.

Axel Schön  
Berufliches  
Schulzentrum Kehl





## Personalratswahlen 2024

### Vielen Dank für euer Vertrauen!

Alle fünf Jahre wieder - Personalratswahlen an den Schulen in Baden-Württemberg, so wurde im Mai 24 auch an den Beruflichen neu gewählt.

Wir bedanken uns bei allen, die der GEW an der Wahlurne ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Ein ganz großes Dankeschön geht an die vielen, vielen Kolleg:innen auf den Listen der GEW, sie sind für die örtlichen Personalräte (ÖPR) an den Schulen, für die Bezirkspersonalräte (BPR) an den Regierungspräsidien und für den Hauptpersonalrat (HPR) am Kultusministerium in Stuttgart angetreten. Ihr seid echte demokratische Vorbilder!

### Sinkende Wahlbeteiligung

Trotz des großen Engagements der Kolleg:innen ist es uns nicht gelungen, den Trend der sinkenden Wahlbeteiligung zu stoppen. Lag diese 2019 noch bei 70%, ist sie 2024 auf 66,7% bei den Beamt:innen gesunken. Der 2019 hinzugewonnene Beamtensitz konnte leider nicht gehalten werden, für die Angestellten erzielten wir aber das gute Ergebnis von 2019. Somit ist die GEW im neu gewählten HPR mit 6 Personen vertreten, das verspricht eine solide und kompetente Interessensvertretung auf Ministeriumsebene!

### Licht und Schatten bei den Bezirkspersonalratswahlen

Die GEW ist im neuen BPR Stuttgart nur noch mit zwei Beamt:innen vertreten, ein herber Verlust, da tröstet es nur wenig, dass der Mitbewerber selbst nur marginale Zuwächse verzeichnen konnte. Das Ergebnis bei den Angestellten im RP Stuttgart blieb dagegen stabil. Insgesamt vertritt die GEW eure Interessen im neuen BPR Nord-Württemberg mit 3 Personen.

Auch am RP Karlsruhe ist die GEW nach leichten Verlusten im neuen Personalrat mit 2 Beamt:innen und einer Angestellten vertreten.

Am RP Tübingen verlor die GEW zwar ebenfalls leicht, wird aber im neuen Gremium nach über 2 Jahren

endlich wieder mit 2 Beamt:innen für eure Interessen eintreten.

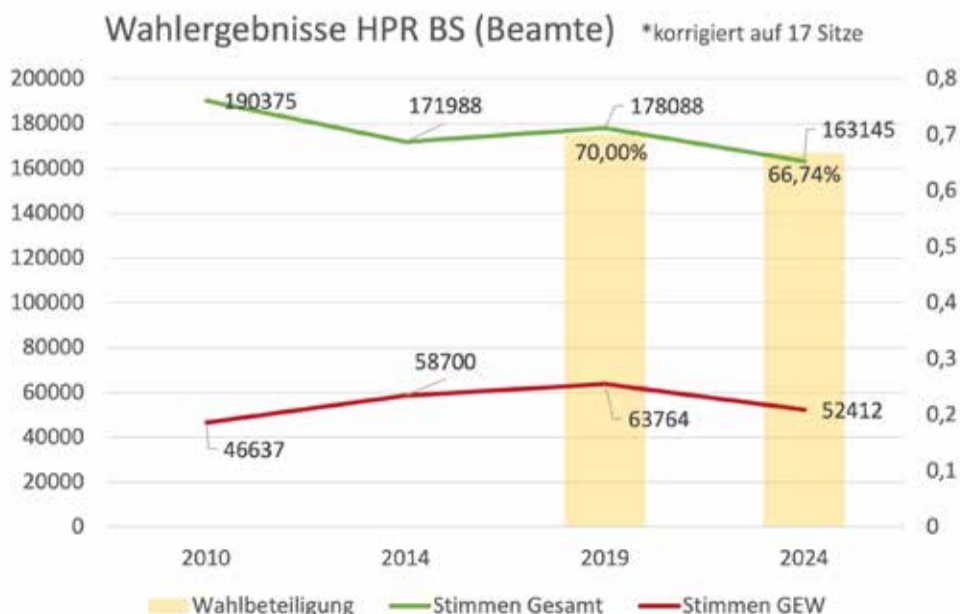
Einen Lichtblick bietet das RP Freiburg, wo die GEW entgegen dem Trend 4% gegenüber dem Mitbewerber bei den Beamt:innen hinzugewinnen konnte. Trotz ebenfalls sinkender Wahlbeteiligung gewannen wir hier sogar über 400 Stimmen hinzu. Damit wird die GEW im neuen Bezirkspersonalrat Südbaden mit 3 Personen vertreten sein.

### Mit Demut und Zuversicht in die Zukunft

Zweifelsohne bieten die Wahlergebnisse der HPR- und BPR-Wahlen unterm Strich keinen Anlass für Jubelstürme. Ganz offensichtlich ist es der GEW nicht gelungen, die Kolleg:innen an den Beruflichen Schulen in ausreichendem Maße zur Wahlurne zu bewegen. Hieraus erwächst unsere klare Aufgabe für die kommenden 5 Jahre: Die GEW muss das Vertrauen der Kolleg:innen zurückgewinnen. Unsere umfangreiche Kompetenz in der Beratung, die Unterstützung der Kolleg:innen in allen Lebensphasen und die solidarische Grundhaltung unserer Gewerkschaft werden wir dabei noch deutlicher herausstellen!

Schließlich gibt es Grund für Zuversicht, denn der Generationenwechsel ist vollzogen. Etwa ein Viertel der gewählten HPR- und BPR-Mitglieder der GEW sind neu in die entsprechenden Gremien eingezogen. Die frischen Gesichter der GEW werden sich von ihrer besten Seite zeigen!

Kai Marquardt  
GS Tübingen



Wahlergebnisse des HPR für Berufliche Schulen für die beamteten Lehrpersonen. Die absoluten Stimmzahlen für 2010 - 2019 wurden für ein Gremium aus 17 Personen angepasst.



## DIE MITGLIEDER STELLEN SICH VOR

### HPR



EVA WERNER



KAI OTULAK



BERNHARD SCHÖNAUER



ULRIKE MÜLLER-GREINER



AXEL SCHÖN



FRANZ-PETER PENZ, LIA

### BPR Stuttgart



HANS MAZIOL



PETRA RAPPOLD



GABRIELE STORK, LIA

### BPR Karlsruhe



INGRID HOLL



DANIEL WUNSCH



MAGICA JOHNSON, LIA

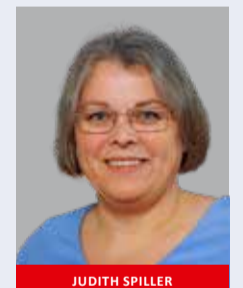
### BPR Freiburg



KLEMENS MAIER-WISSKIRCHEN



UTE HITSCHMANN



JUDITH SPILLER

### BPR Tübingen



KAI MARQUARDT



EVA-MARIA LANDSPERSKY

GEMEINSAM  
MEHR  
ERREICHEN. GEW.



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

Silberstraße 7 | 70176 Stuttgart | Tel. 0711 21030 0 | info@gew-bw.de | www.gew-bw.de

IMPRESSUM: Fachgruppen Berufliche Schulen

Redaktion: Ingrid Holl, Wolfram Speck, Kai Otulak | Layout: Alexandra Winter